

# Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verlag: Sächsische Volkszeitung  
Redaktion: Dresden, Poststraße 46

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden, Poststraße 46

## Die französische Komödie

Die Kabinettskrise als Zwischenspiel der Poincaréschen Politik — Keine Aenderung des seitherigen Kurses — Die Urteilsverkündung im Hitlerprozeß am 1. April

### Der Rücktritt

Paris, 27. März. Das Gesamtkabinet Poincaré hat gestern seinen Abschied eingebracht, weil das Pensionengesetz von der Kammer nicht angenommen wurde. Bei der Debatte über das Pensionengesetz blieb die Regierung Poincaré mit 7 Stimmen in der Minderheit (271 gegen 264), wogegen der Finanzminister De Lasteyrie die Vertrauensfrage gestellt hatte. Die Regierung demissionierte darauf am 12 Uhr. Der Präsident Millerand genehmigte zunächst nach verschiedenen Vermittlungsvorschlägen den Rücktritt, ersuchte aber dann später Poincaré um die Neubildung des Kabinetts. Und in seiner dritten Unterredung mit Millerand erklärte Poincaré, daß er aus patriotischen Gründen die Aufforderung, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen, nicht ablehnen könne. Er behielt sich jedoch Bedenkzeit bis heute mittag vor, um mit seinen Freunden in Verhandlungen einzutreten.

Paris, 27. März. Obwohl Millerand gestern mittag Poincaré gebeten hatte, mit seinem Kabinet im Amt zu verbleiben, hat Poincaré sein Rücktrittsgesuch wiederholt schriftlich eingebracht und dem Scho de Paris zufolge soll Millerand zu ihm gesagt haben: Niemals hat mein Regierungschef so sehr das allgemeine Vertrauen des Landes genossen und den Respekt des Auslandes gefunden. Frankreich wird deshalb seinen Entschluß zum Rücktritt nicht begründen, um so weniger, nachdem die Regierung schon durch glückliche Maßnahmen den Franken wieder zum siegreichen Steigen gebracht hat und ihr Vorgehen in der auswärtigen Politik von Erfolg gekrönt sei. Es sei deshalb Pflicht der jetzigen Regierung, zu bleiben. Die Kammer sei nur das Opfer einer Ueberumpelung geworden, von der sie sich wieder befreien werde. Poincaré soll darauf entgegnet haben, daß er mit den geringen Mehrheiten, die er in den letzten Senatssitzungen fand, seine große Aufgabe nicht erfüllen könne. Er müsse deshalb seine Demission aufrecht erhalten. Wenn die Kammer in der Lage, wie der jetzigen, wo alle Anstrengungen zur Wahrung der französischen Republik unternommen worden seien, in einer Frage, in der es sich nur um demagogische Stimmungsmache handle, die Regierung in der Minderheit dränge, so müßte diese eben einem anderen Kabinet Platz machen. (Anmerkung der Redaktion: Poincaré meint damit die Frage der Pensionengesetze, in der die Kammer über die Regierungsvorlage mit einer Ausgabe von 800 Millionen Franken hinausgegangen war.)

Paris, 27. März. Die Kammer hat sich gestern nachmittag, sobald bekannt wurde, daß Poincaré die Demission seines Kabinetts aufrecht erhalte, sofort vertagt und zwar auf Freitag. Unter Führung des Abgeordneten Lequesne hat die Kammergruppe der republikanischen Linken und der demokratischen Linken, der unter anderen der Kammerpräsident und der Abgeordnete Bonheur angehört und die Kammergruppe Frage gestern nachmittag in einer gemeinsamen Sitzung Vertrauensresolutionen in gunstigen Poincarés angenommen und den Wunsch ausgesprochen, daß er sobald wie möglich die Leitung der französischen Innen- und Außenpolitik wieder übernehme.

### Die Aufnahme in Brüssel und London

Brüssel, 27. März. Die Nachricht von der Demission Poincarés wurde gestern nachmittag gegen 4 Uhr in Brüssel bekannt und rief eine lebhafteste Diskussion im Parlament hervor. Man befragte lebhaft diesen Umfall in der Innenpolitik, glaubte aber, daß das Wort Poincaré persönlich betreffe. Man erklärt, daß der Abgang Poincarés zurzeit, wo die franko-belgische Politik, die er begangen und realisiert habe, Früchte zu tragen beginne, sehr schmerzhaft für die Politik und die Zukunft der beiden Länder wäre.

### London, 27. März.

In maßgebenden Regierungskreisen bespricht man lebhaft die Demission Poincarés. Man ist sich klar darüber, daß eine Annäherung an Frankreich und eine Aussprache über alle schwebenden Fragen mit Poincaré als Ministerpräsidenten schließlich viel leichter möglich wäre, als mit Poincaré als Führer der Opposition.

### Eine Erklärung Millerands

Der Präsident Millerand gibt eine Erklärung ab, worin er heißt, daß die großen Linken der französischen Politik auf seinen Fall auf einem anderen Grunde als dem klar ausgeprägten Wunsch des Landes geäußert werden. Wenn es — was freilich eine Eventualität wäre, die der Präsident der Republik nicht ins Auge faßt — Poincaré vielleicht nicht möglich wäre, ein Ministerium zu bilden, dann könne der Senat noch ein Kabinet bilden, das fest entschlossen ist, die allgemeine Politik des Landes nach den angeführten Linien weiterzuführen. Für den Fall jedoch, daß das Land sich einer Fortsetzung dieser Politik gegenüber feindlich verhielte, würde der Präsident der Republik, was ihn selber betrifft, unverzüglich die Konsequenzen ziehen, die er für angebracht hält.

### Poincaré zur Kabinettsbildung bereit?

Paris, 27. März. Der diplomatische Mitarbeiter der Daily Mail erklärt, daß Poincaré sich gestern spät abends zur Übernahme der Kabinettsbildung bereit erklärt hat. Die weit Poincaré sich von einzelnen seiner Mitarbeiter trennen wird, läßt sich zurzeit mit absoluter Gewißheit nicht sagen.

Paris, 27. März. Wahrscheinlich dürfte Poincaré aber die Kabinettskrise als Anlaß benutzen, sich von verschiedenen seiner Mitarbeiter zu trennen. Auf jeden Fall, wie man annimmt, von dem bisherigen Finanzminister, auf dessen Nachfolger Francois Warshawski genannt wird. Poincaré hat gestern um 7 Uhr abends auf dem Ministerium des Neuen empfangen. Man schließt dem Ministerpräsidenten die Absicht zu, das Finanzministerium in ein Schachamt umzuwandeln oder dasselbe unabhängig vom Finanzministerium zu verwenden. An dessen Spitze würde der Berichterstatter der Finanzkommission Colaninetti

hängig vom Finanzministerium zu verwenden. An dessen Spitze würde der Berichterstatter der Finanzkommission Colaninetti treten. Ihm soll die Aufgabe zugewiesen werden, die Milliardenersparnisse durchzuführen. Weiter verlautet, daß in das neue Kabinet wahrscheinlich auch der Landwirtschaftsminister Chéron nicht eintreten wird. Ferner rechnet man mit der Zusammenziehung verschiedener Ministerien, so vor allen des Landwirtschaftsministeriums und des Ministeriums für Handel. Weiter mit der Bildung eines Ministeriums der nationalen Verteidigung, in welchem das Kriegs-, Marine- und Kolonialministerium vereinigt sein würden.

### Die „Reinwaschung“ Ludendorffs

Die veraltete „ultramontane Frage“

München, 27. März. Die gestrige Verhandlung begann mit dem Plädoyer des Verteidigers Ludendorffs, des Justizrat Breigeborn.

der u. a. ausführte: Im September 1923 wurde der Ruf nach der Diktatur allgemein. Ich werde den Gedanken nicht los, daß man in den Kreisen um Rath und Vossow zeitweilig wohl mit dem Gedanken eines tatsächlichen Marsches nach Berlin gespielt hat. Weil Ludendorff in seiner Gutmütigkeit Vossow lokale Mitarbeiter zusicherte, wick ihm jetzt daraus eine Verpflichtung zemaht, er hätte diese Zustimmung erst aufkündigen müssen. Hinsichtlich der Vorgänge im Bürgerbräu Keller ist es nicht richtig, daß Hitler bereits in seiner ersten Rede irgend etwas von einer Abschaffung der Reichsregierung, der bayerischen Regierung und des Reichspräsidenten gesagt hat. Erst in seiner dritten Rede hat Hitler die offizielle Entschickung mitgeteilt. Darin ist nichts gesagt von einer Abschaffung der Reichsregierung oder des Reichspräsidenten, sondern die Worte lauten: Ich wolle Ihnen mit, daß werden die provisorische deutsche Regierung gebildet ist.

Ludendorff sollte nicht Mitglied der Regierung werden. Die nationale Armee, die Ludendorff führen sollte, sollte nicht das Bewandlungsinstrument für die Vertreibung eines Drittels nach Berlin sein. Der Einmarsch in die Stadt am 9. November sollte nicht eine letzte Kraftanstrengung sein, sondern etwas viel Höheres, nämlich die Rettung der ganzen völkischen Bewegung. Ich habe keine Bedenken, zu erklären, daß die Einrichtung eines Direktoriums durchaus verfassungsmäßig wäre. Eine Verfassungsänderung ist weder im allgemeinen, noch durch das angeordnete Direktorium, noch durch die angeordnete Abschaffung des Reichspräsidenten gegeben. Ludendorff war übrigens bei einer Senatsumwandlung, also zu Beginn der Verhandlungen im Bürgerbräu Keller gar nicht zugegen, geschweige denn beteiligt. Man wollte Ludendorff auch nicht an einer etwaigen bayerischen Regierung beteiligen. Er war lediglich als Führer der Nationalarmee für das Reich beauftragt. Weder der Wille zu einer Aenderung der deutschen Reichsverfassung, noch der bayerischen Landesverfassung könne bei Ludendorff in irgendeiner Weise festzustellen werden.

Am Schluß seiner Ausführungen erklärt der Verteidiger, er halte sich für berechtigt, als Ergebnis seiner Ausführungen vom Gericht zu fordern den Freispruch des Angeklagten Ludendorff als den gerechten Spruch vor dem deutschen Volkstum und als den ersten Schritt vor dem deutschen Herzen!

Die Nachmittags Sitzung beginnt mit dem Plädoyer des zweiten Verteidigers Ludendorffs, des Justizrat Reichowit.

Der Verteidiger nimmt auf den Vorwurf Bezug, Ludendorff habe eine Aeußerung getan, die für das Haupt der Familie Mittelbach verlegend sein muß. Aus der Verteidigungszrede Ludendorffs ergebe sich aber unabweislich, daß dieser den bayerischen Interessen volles Verständnis entgegenbringe, allerdings aus dem Gesichtspunkte des großen Deutschland heraus.

Reichowit nimmt dann zu den Angriffen gegen Ludendorff wegen seiner Ausföhrung über die ultramontane Frage Stellung, und bemerkt, die Angriffe der Presse können daher, daß jede mit der ultramontanen oder römischen Politik zusammenhängende Erklärung sofort in eine Verhöhnung gegen das katholische Volkstum umgedeutet werde.

Der Verteidiger wärmt in seinen weiteren Ausführungen das gegenwärtige Wirken des deutschen Episkopats namentlich in der Sorge um die Kriegsgefangenen. Die Bemerkungen seien aber erfolglos geblieben. (Der Verteidiger scheint recht schlecht Bescheid zu wissen! Die Red.) Alle diese guten Willensäußerungen durften und nicht abhalten, Kritik daran zu üben, wenn wir Deutsche als Volkbestandteil die schweren Schäden an unserem Volk zu spüren haben. Aus diesem Grunde heraus habe Ludendorff seine Worte gesprochen. Ludendorff hat sich auf jeden Fall genügend entlarvt und alle Bemerkungsversuche wirken geradezu verächtlich. (Die Red.)

Zu seinen weiteren Ausführungen geht Reichowit auf die Tat des 8. November selbst ein, wobei er bemerkt, daß der Spiritus rector mit der Zeit General Vossow geworden sei. Als Gesamtresultat der Gerichtsverhandlung stellte er fest, es bestehe die Hoffnung, daß die völkische Bewegung nunmehr auf eine viel breitere Basis gekommen sei (!).

Nach kurzer Pause beginnt Justizrat Roth, der Verteidiger des Angeklagten Breigeborn, mit seinem Plädoyer. Er fordert vom Gericht die Freisprechung seines Mandanten, da die Vorgänge vom 8. November nicht den Tatbestand des Hochverrats enthielten. Wenn das Gericht das nicht anerkenne, so komme für Breigeborn auf alle Fälle nicht das Verbrechen der Beihilfe in Frage. Das Volk denke über die Weimarer Verfassung ganz an sich, als man hier in diesem Saale denke.

München, 27. März. (Trahtericht.) Im Hitlerprozeß erklärte nach Vordrängung des Schlußwortes Hitlers der Vorsitzende die Hauptverhandlung für geschlossen. Er teilte mit, daß die Urteilsverkündung am 1. April, 10 Uhr vormittags, erfolgen werde.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Belieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und Leistung von Schadenersatz. Für unbeschränkt und durchführbar, sprecher übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unbeschränkt eingehende und mit Rücksicht nicht berechnete Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachmittags. Druckverleger: Dr. Josef Albert, Dresden

### Poincarés Zwischenspiel

Den letzten Anstoß für die Demission des französischen Kabinetts gab der Umstand, daß die Regierung bei der Debatte über das Pensionengesetz in der Kammer mit sieben Stimmen in der Minderheit blieb. Dieses Ergebnis war um so schwerwiegender, weil der Finanzminister de Lasteyrie gleichzeitig die Vertrauensfrage gestellt hatte. Das Wahlergebnis ist allerdings überraschend.

Die Unzufriedenheit mit dem Abbaugesetz ist die Veranlassung gewesen, aber sicherlich wäre es Poincaré leicht gewesen, noch einige Deputierte kurz vor Tagesende auf seine Seite zu ziehen, wenn nicht immerhin eine tiefere Misstimmung, die aus den verschiedensten innerpolitischen Gründen herrührt, schon seit Wochen sich bei der Mehrheit der Kammer angesammelt hätte. Dem Ermächtigungsgesetz wurde f. B. in der Tat nicht mit großer Begeisterung zugestimmt. Auch begann man in gewissen Kreisen Poincaré einen Teil der Mitschuld am Frankensurz zuzuschreiben. Und trotzdem heute der Frank sich gut erholt hat, ist doch das Geistes einer neuen Katastrophe noch nicht für alle Zeit gebannt. Man denkt schließlich auch an das deutsche Beispiel der Marktentwertung. Auch wir hatten gewisse Stadien der Wertung, in denen man glauben konnte, der Höhepunkt sei überschritten. Aber das Ende kam erst.

Paris hat nun Gelegenheit, das selbe Schauspiel zu wiederholen, das schon Brüssel gesehen hat. Das dritte Ministerium Treunis wurde aus der Taufe gehoben und die alte belgische Politik wird damit in ihren Grundzügen ungefähr dieselben bleiben. Hat Millerand Herrn Poincaré etwa auch nur einen kleinen Stoß versetzen wollen, um ihn nachher wieder in Gnaden aufzunehmen?

Der Sturz Poincarés wird natürlich in der ganzen Welt mit dem nötigen Pomp besprochen und debattiert. Aber ist wirklich dieser Verfall so überaus wichtig und überraschend? Wir sind der Meinung, daß das ganze doch nur ein Komödientenspiel, ein reines Manöver ist. Allerdings hätte es vielleicht eine gewisse Bedeutung, wenn der Name Poincaré von der Weltbühne verschwände, aber wir müssen uns klar sein, daß im Höchstfalle auch nur der Name weggeschwift würde, daß aber das allgütige Schicksal in getreulich weitergeführt werden wird. Am 27. 3. 24 die Weltbühne. Die sich dieses System nach außen hin in ihren Verantwortlichkeiten repräsentiert, kann und gewissermaßen gleich sein. Und es sind in der Tat keine Anzeichen dafür, daß Frankreich nun plötzlich einen neuen Kurs einschlagen wolle. Ja, wir haben nicht einmal die Garantie, ob dieser Kurs bei einer Personenaenderung nicht noch eine Verstärkung erfahre. Darum ist jeder deutsche Entschluß über den jetzigen Verfall durchaus unangebracht. Ja, Poincaré wirkt schließlich im Vergleich zu Triand, noch als der mildere. Poincaré selbst aber hat letzten Endes dieses Manöver doch bei vollem Verstande gemacht. Wir können zwar seine Lebensvorgänge nicht ganz erraten, jedenfalls aber hat die jetzige Zeit den besten Moment, ein Rücktrittsmanöver einzuleiten. Man kann den Gedanken nicht ganz abweisen, daß Poincaré mit einem gewissen Bestimmtheit an sein zukünftige Dauerstellung als Ministerpräsident gedacht hat. Die innerpolitischen Schwierigkeiten sind, wie schon im Anfang erwähnt, auf die Dauer noch nicht behoben. Und er hätte wahrlich schon vor Wochen Veranlassung gehabt, sein „überaus schweres“ Amt niederzulegen, um einem eventuellen gewaltsamen Sturz zuvorzukommen. Nach vor kurzem aber hätte ein solcher Rücktritt anders ausgelegt werden können als heute. Damals hätte man seine Politik für abgewendet erklären können. Heute aber, nachdem sich vor allem die französische Währung so bedeutend erholt hat, ist dieser Vorwurf ausgeschlossen. Es war also jetzt eine günstige Gelegenheit, unbescholten, ja umgeben mit einem glorreichen Nimbus von der Tribüne abzutreten. Vielleicht um sich in den Wahlkampf zu führen. Mit dieser Spekulation aber konnte gleichzeitig, die andere verbunden sein: Wenn Poincaré nach seinem Rücktritt von der großen Mehrheit gedrängt wurde, von neuem das Amt des Ministerpräsidenten anzunehmen, dann war seine Stellung als Ministerpräsident des französischen Volkes um so verfestigt. Bei diesem ganzen Spiel konnte Poincaré also nur für sich gewinnen. Man müßte die Antikampanie Poincarés wesentlich unterschätzen, wollte man ihm diese Klugheit nicht zutrauen.

Bei diesem französischen Zwischenspiel offenbart sich also von neuem der ausgezeichnete politische Instinkt Poincarés. Der Umstand wird sein, daß das außenpolitische Moment von neuem um so schärfer in die Erscheinung tritt. Die Kammer hat sich aus innerpolitischen Gründen dazu hürchen lassen, an dem Rücktrittsgesuch Poincarés mitzuwirken. Aber schon gleich nach Bekanntgabe des Ergebnisses scheint die Stimmung umzuwälzen zu sein, sobald sogar von verschiedenen Richtungen ein Vertrauensvotum eingebracht wurde. Man erinnert sich sofort von neuem der außenpolitischen Aufgaben, des französischen Nationalismus. Die Erfolge Poincarés in der Außenpolitik haben diesen „Kleinigkeiten“, die ihn „stürzen“ gegenüber. Und dieser Gedanke hat bereits feste Formen angenommen. Das alles würde Poincaré, und er konnte zu genau die „nationale“ Einstellung seines Volkes. So könnte man sein ganzes Zwischenstück als einen Aufschub bezeichnen. Und schließlich dient diese Aufschub dem, daß die innerpolitischen Schwierigkeiten hinwegwischen. Sobald man in Frankreich daran erinnert, daß man die glorreiche Siegernation mit den unbeschränkten Erfolgen ist, tritt alles anders an. Und selbst wenn Poincaré nicht wieder Ministerpräsident würde (nach den letzten Meldungen scheint er die Neubildung des Kabinetts bestimmt zu übernehmen), wäre dieses Moment nicht aus der Welt zu schaffen. Sein Name bleibt mit diesen Fragen verflochten. Und was das für Poincaré bedeutet, das weiß er am besten selbst. Er sieht seine Zukunft darin verankert.

So hat Poincaré also neuen Boden gewonnen. Und wenn man bedenkt, daß in Frankreich die Wahlen vor der Tür stehen, so muß man auch in dieser Beziehung den jetzigen Verfall zu werten wissen. Deutschland aber hätte auch aus diesem Zwischenstück etwas zu lernen. R. W.